



MIT MENSCHENRECHTEN GEGEN ARMUT



MIT MENSCHENRECHTEN GEGEN ARMUT

INDIEN, BHOPAL: 25 JAHRE NACH DER KATASTROPHE

REGIERUNGEN UND UNTERNEHMEN ENTZIEHEN SICH IHRER
VERANTWORTUNG

EINE SAUBERE UMWELT IST
EIN MENSCHENRECHT

AMNESTY
INTERNATIONAL



TAUSENDE VON MENSCHEN WURDEN BEI DEM VERHEERENDEN GIFTGASUNFALL IN BHOPAL 1984 GETÖTET. HUNDERTTAUSENDE WURDEN KRANK UND STÜRZTEN DURCH DAS UNGLÜCK NOCH TIEFER IN ARMUT. SELBST 25 JAHRE NACH DER KATASTROPHE IST DAS BETROFFENE GEBIET NOCH IMMER VERSEUCHT. DIE OPFER VERLANGEN NOCH IMMER ANGEMESSENEN SCHADENSERSATZ UND ENTSCHÄDIGUNG FÜR DAS ERLITTENE UNRECHT, ABER SIE WERDEN NICHT GEHÖRT. DAS UNGLÜCK UND DER UMGANG DAMIT WERFEN GRUNDLEGENDE FRAGEN NACH DER RECHTLICHEN UND ETHISCHEN VERANTWORTUNG VON TRANSNATIONALEN UNTERNEHMEN AUF.

DIE KATASTROPHE

Kurz vor Mitternacht am 2. Dezember 1984 entwichen tausende Tonnen giftiger Gase aus der Pestizidfabrik der Firma Union Carbide in Bhopal, im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh. Etwa 500.000 Menschen waren dem Giftgas ausgesetzt. Zwischen 7.000 und 10.000 Menschen starben unmittelbar nach dem Unglück, weitere 15.000 sind bis heute gestorben.

Mehr als 100.000 Menschen leiden noch heute an Gesundheitsproblemen, haben aber keinen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung. Das liegt auch daran, dass fast 25 Jahre später die Unglücksstelle noch immer nicht dekontaminiert ist. Es gibt bis heute keine ausreichenden staatlichen Untersuchungen über das Unglück und seine Auswirkungen. Und die Überlebenden warten bis heute auf Schadensersatz und Entschädigung für das erlittene Unrecht.

ARMUT VERSTÄRKT SICH

Die meisten Opfer des Giftgasunfalls waren arm und gerieten durch das Unglück in noch größere Armut. Viele die starben waren die Haupternährer der Familien gewesen. Einige Familien verloren auch ihre Nutztiere – oft die Haupteinnahmequelle für die Familie. Tausende von Menschen verloren ihren Arbeitsplatz oder ihre Arbeitsmöglichkeiten, weil sie zu krank zum arbeiten waren und sind.

Das soziale Stigma, ein "Gasbetroffener" zu sein, hat gravierende

Folgen, insbesondere für Frauen. Viele von ihnen sind zu krank um zu arbeiten und werden deswegen als Last empfunden. Eine Heirat ist häufig unmöglich.

Die indischen Behörden richteten zwar medizinische Versorgungsstationen ein, stellten Hilfe für Geschäftsgründer, Ausbildungsmöglichkeiten und neue Wohnungen zur Verfügung. All diese Versuche waren aber unzureichend. Viele Menschen müssen für medizinische Behandlungen bezahlen, die eigentlich kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Gewerbegebiete liegen brach und Ausbildungszentren für Frauen wurden geschlossen. Wohnungen, die für die Giftgasopfer, insbesondere für Witwen gebaut wurden, haben keine Sanitäreinrichtungen.

Bis heute erhielten die Opfer keinen angemessenen Schadensersatz für die erlittene Gesundheitsverletzung oder den Tod eines Angehörigen. Zwar einigten sich die indische Regierung und das Unternehmen Union Carbide 1988 in einem außergerichtlichen Vergleich darauf, dass Union Carbide 470 Millionen US-Dollar in einen Fonds einzahlen sollte. Die indische Regierung sollte diesen Fonds verwalten und das Geld an die Opfer auszahlen. Aber diese Einigung fand ohne Beteiligung der Betroffenen statt. Auch war die Opferzahl zu niedrig angesetzt. Dennoch bestätigte das höchste indische Gericht diesen Vergleich. Die Opfer der Katastrophe waren mit zahlreichen Problemen, wie Korruption, konfrontiert, wenn sie Zugang zum Fonds suchten.

Eine Beschwerdemöglichkeit gegen Entscheidungen des Fonds gab es nicht. Die Auszahlungen verzögerten sich bis ins Jahr 2004, als ein Gericht die Behörden verpflichtete, das gesamte Geld an die Opfer auszahlen. Durch die lange Zeit des Wartens wurde das Leid der Opfer noch verstärkt.

Das Bhopalunglück hat die Welt schockiert und grundlegende Fragen über die Verantwortung von Unternehmen aufgeworfen. Während die Menschen von Bhopal um die Grundlagen für ihr Leben, wie sauberes Wasser, kämpfen müssen, suchte sich das Unternehmen der Verantwortung zu entziehen und alle Versuche der Opfer, Entschädigung zu erhalten, zu behindern.

FAHRLÄSSIGKEIT DES UNTERNEHMENS

Schon vor dem Unglück gab es Hinweise auf ernsthafte Sicherheitsmängel in der Fabrik in Bhopal. Union Carbide lagerte dort gefährliche Chemikalien ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen. Das Unternehmen hatte nie Notfallpläne für die örtliche Bevölkerung für den Fall eines Unglücks ausgearbeitet, obwohl es solche Pläne in einer vergleichbaren Fabrik in den USA zur gleichen Zeit entwickelt hatte.

Nach dem Unglück starben Tausende, weil zirka viele Tonnen von Methylisocyanat (MIC) ausgetreten waren. Gleichzeitig verneinten Sprecher von Union Carbide die Giftigkeit von MIC. Bis heute hat Union Carbide die weiteren Chemikalien, die als Reaktionsprodukt mit



Titelbild: Das Gebäude des Union Carbide Unternehmens fotografiert 2002, fast 20 Jahre nach dem Gasunglück.

linke Seite: Tusche und Wasserfarben Zeichnung des nepalesischen Künstlers N.B. Grurung. Es zeigt die Auswirkungen des Gasunglücks in Bhopal.

MIC beim Unglück entwichen, nicht benannt. Das hat zur Folge, dass keine angemessene Therapie für die Opfer entwickelt werden konnte.

Dieses Verhalten steht im Gegensatz zur Reaktion von Union Carbide bei einem Gasaustritt 1985 in West Virginia, USA. Dort legte das Unternehmen eine detaillierte Liste der entwichenen Chemikalien vor. Solche unterschiedlichen Standards von Unternehmen gefährden die Menschenrechte der Armen in Entwicklungsländern. Außerdem wirft die Reaktion von Union Carbide auf das Gasunglück in Bhopal grundlegende Fragen nach der rechtlichen und ethischen Verantwortung von Unternehmen auf.

Unmittelbar nach dem Bhopal-unglück unterstützte Union Carbide zwar die Schadensbeseitigung. Dennoch versuchte das Unternehmen von Anfang an, seine Schadensersatzpflicht zu begrenzen und verließ das Grundstück in Bhopal, ohne es zu reinigen und die giftigen Überreste zu entsorgen. Die Folge: bis heute haben Tausende von Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und trinken das kontaminierte Grundwasser.

DIE BETEILIGTEN UNTERNEHMEN

1984 war die Anlage in Bhopal Teil des Unternehmens Union Carbide India Limited (UCIL), die zu 50,9 % im Besitz der US-amerikanischen Firma Union Carbide Corporation (UCC) war. Dennoch leugnete UCC auch vor Gericht, dass es ein Tochterunternehmen in Indien oder einem anderen Land habe. Im Jahresbericht von UCC 1984 hieß es jedoch: „Die weltweiten Geschäfte von Union Carbide Corporation werden in erster Linie von den hier aufgelisteten Abteilungen, Tochterunternehmen und Beteiligungen geführt.“ Eine von ihnen war UCIL, die auch in der UCC-Unternehmensbilanz desselben Jahres aufgeführt wurde.

1994 verkaufte UCC seinen Anteil an UCIL an MacLeod Russell (India) Limited in Kalkutta und UCIL wurde umbenannt in Eveready Industries India, Limited. Union Carbide erklärte: „Da wir alle Anteile an UCIL verkauft haben, hat UCC keine Verantwortung mehr für das Bhopal-Gelände. Eveready Industries war seitdem alleiniger Besitzer/Pächter des Geländes, das von der Regierung des Bundesstaates Madhya Pradesh gepachtet war.“ 1998 gab Eveready Industries das gepachtete Fabrikgelände an die Regierung des Bundesstaats Madhya Pradesh zurück, offenbar auf Wunsch der Regierung selbst.

Im Februar 2001 wurde UCC ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der US-Firma Dow Chemical Company (Dow). Obwohl Union Carbide weiterhin rechtlich eigenständig blieb, ist seine Wirtschaftstätigkeit vollständig integriert in die von Dow. Dennoch hat Dow öffentlich erklärt, keine Verantwortung für den Giftgasunfall und seine Folgen zu tragen.

VERSAGEN DER REGIERUNG

Das Völkerrecht verpflichtet alle Staaten, sicherzustellen, dass Unternehmen Menschenrechte nicht verletzen oder aushöhlen. Wenn Unternehmen Menschenrechte verletzen, dann müssen Staaten dies aufklären und angemessene Sanktionen durchsetzen. Außerdem müssen sie garantieren, dass



GERECHTIGKEIT FÜR DIE OPFER

Die Überlebenden von Bhopal kämpfen seit 25 Jahren für Gerechtigkeit. Während ihrer unermüdlichen Kampagne für die vollständige Säuberung des Firmengeländes, Wiedergutmachung und für die Haftung des Unternehmens haben sich Überlebende und Unterstützergruppen immer wieder auf den Weg von Bhopal ins 800 Kilometer entfernte Neu-Delhi gemacht, um für ihre Rechte einzutreten. Sie organisierten Protestkundgebungen, Petitionen und Hungerstreiks.

Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden können. Schließlich müssen sie auch den Zugang der Opfer zu effektiven Rechtsmitteln gewährleisten. Der indische Staat hat auf ganzer Linie versagt, die Menschenrechte der Einwohner in Bhopal zu respektieren und zu schützen.

Bereits vor dem Unglück haben es die Behörden versäumt, die Risiken für die örtliche Bevölkerung und die Umwelt abzuschätzen, die von der Lagerung der gesundheitsgefährdenden Substanzen und risikobehafteten Arbeitsprozessen in der Fabrik in Bhopal ausgingen. Auch

Überlebende und Aktivisten des Bhopal Unglücks auf dem Weg nach Dehli, 2002

nach dem Unglück hat der indische Staat unzureichend gehandelt: die Opfer wurden nie ausreichend entschädigt für das erlittene Unrecht, das Firmengelände ist bis heute verseucht, so dass die Bewohner der umliegenden Stadtteile keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Die indischen Behörden haben ihre Versprechungen gegenüber den Opfern wiederholt nicht eingehalten.

WEN SCHÜTZT DAS GESETZ?

Die Tragödie von Bhopal ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie das Gesetz einflussreiche Unternehmen schützt, die Rechte der Menschen, die in bitterer Armut leben, aber außer Acht lässt. Zahlreiche Versuche, Schadensersatz gerichtlich einzuklagen und die verantwortlichen Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen, sind gescheitert.

Noch heute, 25 Jahre später, ist

ein strafrechtliches Verfahren gegen den damaligen Geschäftsführer der Fabrik in Bhopal, Warren Anderson, in Indien anhängig. Zwar ermittelte die indische Justiz unmittelbar nach dem Unglück gegen Anderson, aber mit dem 1988 geschlossenen Vergleich wurde den Geschäftsführern von Union Carbide strafrechtliche Immunität zugesichert. 1991 wurde diese Klausel vom höchsten indischen Gericht für unzulässig erklärt. Daraufhin hat im Dezember 1991 der Ermittlungsrichter des höchsten indischen Gerichts Anderson angewiesen, vor Gericht zu erscheinen, um sich der Anklage wegen Totschlags im Zusammenhang mit dem Giftgasunfall zu stellen. Bis heute erschien Warren Anderson jedoch nicht. Er konnte kurz nach der Katastrophe unbehelligt in die USA ausreisen. Alle Versuche, ihn an Indien auszuliefern zu bekommen, sind bislang gescheitert.

2004 wurde vor dem Gericht im Bundesstaat Madhya Pradesh ein Gerichtsverfahren gegen Dow und Union Carbide sowie die örtliche Regierung eröffnet, mit dem unter anderem die vollständige Dekontamination des Geländes gefordert wird.

Obwohl das Gericht die Regierung angewiesen hat, das Gelände zu säubern und zu dekontaminieren, kam die Regierung dieser Anweisung nicht nach. Zudem ziehen sich die rechtlichen Auseinandersetzungen darüber, in welchem Umfang welches Unternehmen rechtlich verantwortlich ist, in die Länge. Anstrengungen der Opfer, vor US-Gerichten Wiedergutmachung zu erwirken, sind bis jetzt noch nicht erfolgreich gewesen. Gegen Klagen, die unmittelbar nach dem Unglück in den USA erhoben wurden, hat sich die Rechtsabteilung von UCC damit gewehrt, dass die indischen Gerichte für den Fall zuständig seien. Das zuständige US-Bezirksgericht folgte dieser Argumentation unter der Bedingung, dass UCC die

Zuständigkeit der indischen Gerichte anerkennt. UCC widersprach dieser Bedingung und vollzog einen kompletten Meinungswechsel. Vor dem Berufungsgericht erklärte die Firma: „Obwohl indische Gerichte den angemessenen Ort darstellen, entsprechen sie nicht den erforderlichen rechtsstaatlichen Prinzipien, wie sie in den USA gelten“.

Eine weitere Klage gegen UCC ist seit 1999 in den USA anhängig, mit der die Opfer der Katastrophe erreichen wollen, dass UCC das Fabrikgelände dekontaminiert und ihnen Schadensersatz für die gesundheitliche Beeinträchtigung zahlt.

Die Katastrophe von Bhopal verdeutlicht, wie Unternehmen Gesetze zum

eigenen Vorteil nutzen können und Opfer auf diese Weise entscheidend benachteiligt werden – gerade wenn einflussreiche transnationale Unternehmen beteiligt sind. Deshalb müssen Regeln und Systeme zum Schutz der Menschenrechte entwickelt werden, die den Problemen einer globalisierten Wirtschaftswelt Rechnung tragen.

Amnesty International unterstützt die „International Campaign for Justice in Bhopal“. Gemeinsam mit den Überlebenden und Aktivisten fordern Amnesty-Mitglieder, dass die Opfer Wiedergutmachung erhalten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. 25 Jahre Menschenrechtsverletzungen müssen beendet werden!

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT:

- dass die indische Regierung die 2008 den Opfern zugesagte „Empowered Commission on Bhopal“ endlich vollständig einrichtet und mit ausreichenden Ressourcen und Kompetenzen ausstattet.
- dass Maßnahmen ergriffen werden, um die vollständige Reinigung und Instandsetzung des Firmengeländes, medizinische Versorgung, regelmäßige Versorgung mit sauberem Trinkwasser für die Betroffenen und finanzielle Entschädigungen für die Opfer sicherzustellen.
- dass die indische Regierung unverzüglich alles tut, damit die Betroffenen endlich Entschädigung erhalten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
- dass alle Staaten einen stärkeren rechtlichen Rahmen auf nationaler und internationaler Ebene annehmen, damit Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA UND KONTAKT UNTER:
WWW.AMNESTY.DE/BHOPAL

SEKTIONS-KOORDINATIONSGRUPPE "RÜSTUNG, WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE" :
INFO@AMNESTY-WIRTSCHAFT.DE

SEKTIONS-KOORDINATIONSGRUPPE "WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE":
HUELLE@GMX.ORG

KOORDINATIONSGRUPPE INDIEN:
INDIEN.KOGRUPPE@GOOGLEMAIL.COM

Amnesty International setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im freiwilligen Engagement von weltweit mehr als 2,7 Millionen Mitgliedern und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Altersgruppen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein.

Insbesondere arbeitet Amnesty

- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täter/innen
- gegen Folter, Todesstrafe, politischen Mord und das „Verschwindenlassen“ von Menschen
- für die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Überzeugung inhaftiert sind
- für den Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger/innen
- für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen
- für den Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten und für die wirksame Kontrolle des Waffenhandels
- gegen Rassismus und Diskriminierung
- für den besonderen Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte

**EINE SAUBERE UMWELT IST
EIN MENSCHENRECHT**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



AMNESTY INTERNATIONAL

Sektion Bundesrepublik Deutschland e.V.
Greifswalder Straße 4 · 10405 Berlin
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-321
E: info@amnesty.de · W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO 80 90 100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00